

Pflegende Angehörige fordern und erwarten Lösungen für die zweite Welle der Pandemie

Stand 09.12.2020

Die Corona-Pandemie zeigt:

Pflegende Angehörige sind in diesem Pflegesystem systemrelevant.

Doch noch immer tauchen die 2,6 Millionen Menschen mit Pflegebedarf und die rund 5 Millionen pflegenden Angehörigen in der häuslichen Pflege bei den zentralen politischen Corona-Maßnahmen nicht auf. Beispiele sind die nationale Teststrategie und die bisherigen Überlegungen zur Impfstrategie. Hier wird die größte Pflegesäule in Deutschland nicht einmal erwähnt.

Dabei sind die Ängste vor einer Corona-Infektion real, ihre Folgen sehr groß und oft auch dramatisch.

Nicht nur der Betreuungs- und Pflegeaufwand steigt bei zunehmender Isolierung der häuslich Pflegenden und Gepflegten. Wie schwierig ein verlässlicher Infektionsschutz in Zeiten hoher Inzidenzzahlen zu realisieren ist, zeigen die zunehmenden Ausbrüche in den stationären Pflegeeinrichtungen.

Auch in der zweiten Welle bricht wichtige Unterstützung weg

Unterstützung wie Tagespflege, zugehende Beratung oder ambulante Pflege. Aufgrund der erhöhten Infektionsgefahr können Freund*innen, Nachbar*innen und Bekannte nicht wie vor der Pandemie unterstützen. Viele Familien sind sich selbst überlassen und müssen alleine die Betreuung und Versorgung stemmen. Viele sind am Ende ihrer Kräfte.

Das hat Folgen.

Laut einer Studie von Prof. Rothgang hat sich der Gesundheitszustand für 52 Prozent der pflegenden Angehörigen verschlechtert. Die Lebensqualität ist gesunken. 71 Prozent können Pflege und Beruf kaum noch vereinbaren. Doch für pflegende Angehörige ist die Ursache nicht die Pandemie selbst, sondern die Politik: Denn von der Politik fühlt sich der Großteil auch jetzt im Stich gelassen. Können wir es als Gesellschaft, Sie, als Mitglieder des Bundestags und als verantwortliche Minister*innen, angesichts dieser Zahlen zulassen, die häuslich Pflegenden mit ihren berechtigten Ängsten allein zu lassen und in eine erzwungene Isolation zu treiben?

1. Schritt: schnelle Lösungen

Bei den Corona-Maßnahmen muss ein Vorrang der häuslichen Pflege gelten. wir pflegen fordert in einem ersten Schritt die schnelle Umsetzung von 4 Maßnahmen:

- 1 Pflegende Angehörige sind in die nationale Teststrategie aufzunehmen und brauchen einen Zugang zu Schnelltests.
- 2 Für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf braucht es eine Freistellung mit Lohnersatz nach Infektionsschutzgesetz.
- 3 Die Pflegehilfsmittelpauschale ist von 60 auf 80 Euro anzuheben.
- 4 Pflegende Angehörige sind ebenfalls mit Vorrang in eine nationale Impfstrategie aufzunehmen.

Darüber hinaus gibt es weitere Baustellen. wir pflegen e. V. fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, die Anliegen der pflegenden Angehörigen endlich ausreichend wahrzunehmen, Lösungsvorschläge ernsthaft voranzutreiben und zeitnah zu verabschieden.

**Bei aller Liebe ist häusliche Pflege Arbeit.
Häusliche Pflege gibt es nicht umsonst.
Vor allem nicht in einer Pandemie.
Die Zeit drängt. Handeln Sie!**

Weitere Corona-Maßnahmen

I Infektionsschutz

- > Aufnahme pflegender Angehöriger in die nationale Teststrategie
- > Vorrang der (häuslichen) Pflege in einer nationalen Impfstrategie
- > Kostenlose Bereitstellung von Schutzmaterial und FFP2 Mund-Nasenschutz für besonders gefährdete Risikogruppen
- > Anhebung der Pflegehilfsmittelpauschale von 60 auf 80 Euro
- > Sondereinkaufszeiten und Vorrang bei Lieferdiensten unter anderem für pflegende Angehörige

II Unterstützung und Entlastung

- > Frei verfügbares Budget bei Versorgungsengpässen in Höhe des Tagespflegesatzes
- > Freie Verfügung über den Entlastungsbetrag von 125 Euro für alle Pflegegrade
- > Möglichkeit der Freistellung bei Versorgungsengpässen mit Lohnfortzahlung nach Infektionsschutzgesetz
- > Ausweitung der Regelung zu Versorgungsengpässen

I Infektionsschutz

Einbindung pflegender Angehöriger in die nationale Teststrategie

Die häusliche Pflege taucht in der nationalen Teststrategie nicht auf. Doch 5 Millionen pflegende Angehörige und 2,6 Millionen pflegebedürftige Menschen können nicht einfach übergangen werden, als gäbe es sie nicht. Sie müssen schnellstmöglich einen unkomplizierten Zugang zu Schnelltests erhalten.

Vorrang der (häuslichen) Pflege in einer nationalen Impfstrategie

Sobald ein Corona-Impfstoff verfügbar ist, muss die Pflege einen Vorrang bei der Impfung bestimmter Bevölkerungsgruppen haben. Natürlich auch die häusliche Pflege!

Kostenlose Bereitstellung von Schutzmaterial und FFP2 Mund-Nasenschutz für besonders gefährdete Risikogruppen

Sind geliebte Menschen durch das Corona-Virus besonders gefährdet, ist die Angst vor einer Infektion besonders groß. Es braucht eine kostenlose Bereitstellung von Schutzmaterial für die häusliche Pflege und in Härtefällen eine Versorgung mit FFP2 Masken.

Anhebung der Pflegehilfsmittelpauschale von 60 auf 80 Euro

Die aktuelle Pflegehilfsmittelpauschale von 60 Euro kann die anfallenden Mehrkosten aufgrund des erhöhten Verbrauchs von Schutzmaterial nicht decken. Doch viele pflegende Angehörige haben nur wenig Einkommen und können zusätzliche Kosten für Pflegehilfsmittel nicht stemmen. Daher muss die Pauschale auf 80 Euro angehoben werden.

Sondereinkaufszeiten und Vorrang bei Lieferdiensten unter anderem für pflegende Angehörige

Pflegende Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf müssen vom Einzelhandel besonders unterstützt werden. Für Risikogruppen braucht es Sondereinkaufszeiten und einen Vorrang bei Bring-, Hol- und Lieferdiensten.

II Unterstützung und Entlastung

Frei verfügbares Budget bei Versorgungsengpässen in Höhe des Tagespflegesatzes

Pflegende Angehörige brauchen bei Versorgungsengpässen ein frei verfügbares Budget in Höhe des Tagespflegesatzes, um auf den zusätzlichen Betreuungs- und Pflegeaufwand reagieren zu können.

Freie Verfügung über den Entlastungsbetrag von 125 Euro für alle Pflegegrade

Es braucht nicht nur eine Flexibilisierung des Entlastungsbetrags für alle Pflegegrade. Es braucht eine freie Verfügung über die monatlich 125 Euro und das unabhängig von Versorgungsengpässen!

Freistellung mit Lohnfortzahlung nach Infektionsschutzgesetz

Berufstätige pflegende Angehörige fordern eine Freistellung mit Lohnersatz nach dem Infektionsschutzgesetz. Was für berufstätige Eltern möglich und richtig ist, muss auch für pflegende Angehörige machbar sein.

Ausweitung der Regelung zu Versorgungsengpässen

Die aktuelle Regelung zur Überbrückung von Versorgungsengpässen in der häuslichen Pflege ist an die Inanspruchnahme der ambulanten Pflege vor der Pandemie geknüpft. Diese Voraussetzung muss fallen. So könnten auch pflegende Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf profitieren, die vorher ausschließlich die Tagespflege genutzt haben.

Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Pandemie für zukünftige Gesetzesvorhaben

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zusammenlegung von Entlastungsleistungen für die häusliche Pflege zu einem Budget ist grundsätzlich der richtige Weg. Eine Reglementierung der Verfügbarkeit dieses Budgets, und sei es nur für Teile davon, ist eindeutig ein Irrweg. Die Pandemie hat uns ein weiteres Mal deutlich gezeigt, dass die deutschlandweit sehr inkonsistente Pflegeinfrastruktur die häusliche Pflege nicht verlässlich entlasten kann. Individuelle, passgenaue Entlastung der häuslichen Pflegesysteme ist nur durch ein vollständig frei verfügbares Entlastungsbudget zu realisieren!

Vorstand des Bundesverbands, 09.12.2020

wir pflegen!

Interessenvertretung und Selbsthilfe
pflegender Angehöriger e.V.

Alt-Moabit 91 . 10559 Berlin

wir-pflegen.net

